

22. Oktober 2015, 19:03 Bundestag

Kampf um die Gästeliste

Fast 1000 Lobbyisten gehen im Bundestag mit einem Hausausweis ein und aus, den ihnen die Fraktionen besorgt haben. Nach Grünen und Linken hat auch die SPD die Namen "ihrer" Lobbyisten veröffentlicht.

Von Robert Roßmann

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre 18 Monate lange Blockade aufgegeben und auch eine Liste der Lobby-Organisationen veröffentlicht, denen sie Hausausweise für den Bundestag verschafft hat. Mit diesen Ausweisen können die Lobbyisten die Parlamentsgebäude frei betreten. Durch einen Bericht des Blogs abgeordnetenwatch.de war im Frühjahr 2014 bekannt geworden, dass es zwei Wege für Lobbyisten gibt, an solche Ausweise zu kommen. Verbände, die sich auf der öffentlichen Lobbyisten-Liste des Parlaments registrieren lassen, können für ihre Vertreter Ausweise beantragen. Es liegt dann im Ermessen der Bundestagsverwaltung, ob sie die Anträge akzeptiert. Neben diesem transparenten Weg gibt es aber ein Schlupfloch. Lobbyisten können sich auch über die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen Zugang verschaffen. Jeder Lobbyist, dessen Antrag auf einen Hausausweis von einem dieser Geschäftsführer gegengezeichnet ist, erhält die Karte. Die Verwaltung prüft nur noch Sicherheitsfragen. Nach Auskunft des Bundestags haben auf diesem Weg fast 1000 Lobbyisten dauerhaften Zugang zum Gebäude.

Etwa 1000 Lobbyisten gehen im Bundestag ein und aus. Für die SPD auch RWE und Rheinmetall

[Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) hatte deshalb am 10. April 2014 die parlamentarischen Geschäftsführer gebeten, die Namen der Lobbyorganisationen mitzuteilen, denen sie Hausausweise verschafft haben. Grüne und Linke veröffentlichten daraufhin die Namen, Union und SPD nicht. Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht, lehnte das damals gegenüber abgeordnetenwatch.de "aus datenschutzrechtlichen Gründen" ab. [Abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) klagte daraufhin auf Herausgabe der Listen durch den Bundestag und bekam im Juni vor dem Berliner Verwaltungsgericht recht. Anfang Oktober stimmten dann aber die Vertreter von SPD und Union im Ältestenrat dafür, dass der Bundestag gegen das Urteil Berufung einlegt. Das hat das Parlament inzwischen getan. Der Bundestag hat deshalb noch immer keine vollständige Liste veröffentlicht.

Am Donnerstag wies die SPD-Fraktion aber darauf hin, dass sie vergangene Woche in ihren Internetauftritt eine Liste der Lobby-Organisationen eingestellt habe, denen sie selbst Ausweise verschafft hat. Der Aufstellung zufolge haben derzeit 218 Personen über die Sozialdemokraten einen Ausweis. Sie stehen unter anderem in Diensten der

Deutschen Telekom, der Barmer GEK, der forschenden Pharma-Unternehmen, der Lufthansa, von Rheinmetall und RWE, der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH oder des Verbands der mittelständischen Unternehmen. Mit großem Abstand die meisten Vertreter kommen aber vom SPD-Parteivorstand, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem DGB-Bundesvorstand (insgesamt 128)

. Lambrecht verteidigte am Donnerstag das Verhalten der SPD-Fraktion. Sie sagte der *Süddeutschen Zeitung*: "Wir haben zusammen mit der Union durchgesetzt, dass der Bundestag gegen das Abgeordnetenwatch-Urteil in Berufung geht, weil wir eine grundsätzliche Klärung wünschen, welche Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz preisgegeben werden müssen." Als "Zeichen der Transparenz" habe die SPD-Fraktion ihre "eigene Liste freiwillig schon jetzt veröffentlicht".

Die Grünen kritisierten das Verhalten der SPD trotzdem. Deren parlamentarische Geschäftsführerin Britta Haßelmann sagte, statt für Transparenz zu sorgen, würden Union und SPD durch das Berufungsverfahren weiter die Veröffentlichung sämtlicher Hausausweise für Lobbyisten blockieren.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-kampf-um-die-gaesteliste-1.2703952>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 23.10.2015

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.